

Erklärung zum 21. Parteitag der DKP am 14./15. November 2015

(ein zweiter Teil des Parteitags soll im Frühjahr 2016 folgen, dazu liegen u.a. noch Anträge zur internationalen Arbeit und zur Europäischen Linkspartei vor)

Mit der Annahme des Leitantrages und der Handlungsorientierung hat die Mehrheit des Parteitages eine grundlegende Richtungsentscheidung über die Politik der DKP vorgenommen. Beide Dokumente weisen in wesentlichen Teilen eine Abkehr vom Parteiprogramm aus dem Jahr 2006 auf. Dies macht sich an folgenden Punkten fest.

1.) Unsere Vorstellung vom Weg zum Sozialismus

Im Programm beschreiben wir den Weg zum Sozialismus. Demnach gilt es, Alternativen zu der herrschenden kapitalistischen bzw. imperialistischen Gesellschaftsordnung zu entwickeln, in der die Herrschaft der Monopole in immer stärkerem Maße die Menschheit in ihrer Entfaltung unterdrückt, Krisen, Kriege und Ausbeutung von Mensch und Umwelt immer weiter um sich greifen. Auch die Entwicklung der Produktivkräfte, gekennzeichnet durch die wissenschaftlich-technische Revolution (Bsp. Industrie 4.0), bergen unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen ungeheure Risiken, deren Verhinderung nur über eine Veränderung der Produktionsverhältnisse hin zu demokratischen und in Folge sozialistischen erfolgen kann. Dieser Weg geht laut unserem Programm über eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt unter Entwicklung antimonopolistischer Strategien.

Dazu gehört der Kampf um fortschrittliche Reformen, um dadurch perspektivisch Schritte in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft zu gehen. Im Programm haben wir uns erarbeitet, dass wir dieses Ziel nur mit der Mehrheit der Bevölkerung erreichen können. Dazu bringen wir uns in Gewerkschaften, Bündnissen und gemeinsamen Aktionen mit anderen demokratischen Kräften als gleichberechtigte Partner ein, indem wir unsere gesellschaftliche Analyse als KommunistInnen einbringen, die Widersprüche in der Klassengesellschaft deutlich machen und gesellschaftliche Alternativen entwickeln. In den letzten Jahren haben wir dies sowohl regional und bundesweit auf vielfältige Weise gemacht, sei es in antifaschistischen Bündnissen, in der Friedensbewegung, in Bewegungen gegen den Sozialabbau oder in der Zusammenarbeit mit anderen linken und fortschrittlichen Kräften, wie in den Gewerkschaften oder mit der Partei DIE LINKE.

Dieses Verständnis der Wende zum sozialen und demokratischen Fortschritt wird in den verabschiedeten Papieren nicht weiterentwickelt. Diese Inhalte des Parteiprogramms werden stattdessen durch die neue Ausrichtung der Partei als reformistisch abgetan.

Auf diesem Parteitag erfolgte eine äußerst unsolidarische Auseinandersetzung, in der GenossInnen, die nicht die Mehrheitsmeinung der Delegierten teilten, mit Etiketten wie Parteiopposition, Fraktion und Reformisten belegt wurden.

Wir verbitten uns diese Etikettierung! Wir stehen voll und ganz zu den Aussagen des Parteiprogramms von 2006.

2.) Marxistisch-leninistische Partei?

Der Parteitag hat mit dem Beschluss des Leitantrages die Partei als eine marxistisch-leninistische Partei definiert. Bereits im Vorfeld wurde diese Orientierung von vielen Genossinnen und Genossen als außerordentlich kritisch eingeschätzt, zumal wir überhaupt keine Not haben, die Definition unserer Partei als eine kommunistische Partei, die sich an den Ideen von Marx, Engels und Lenin orientiert, zu verändern.

Von unserer jetzigen Parteiführung wird angeführt, dass der Begriff Marxismus-Leninismus eine Schärfung des Profils der Partei bedeuten würde. Dazu gab es auf dem Parteitag zahlreiche kritische Stimmen.

Der Begriff ML steht leider für geschichtliche Etappen der kommunistischen Bewegung, die durch Unterdrückung, Massenverfolgung und Verbrechen im Namen der proletarischen Revolution gekennzeichnet waren. Es hat uns viele Jahre und schmerzliche Auseinandersetzungen gekostet, um nach innen und außen eine klare Haltung zu diesem Teil der Geschichte unserer Bewegung zu

entwickeln. Diese Aufarbeitung wird auch von vielen unserer Bündnispartner anerkannt und geschätzt. Hinter diese Aufarbeitung werden wir keinen Schritt zurückgehen. Wir brauchen keine Neudefinition unserer Partei.

Als besonders dramatisch werten wir in diesem Zusammenhang die Neuentdeckung Stalins. Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Peter Brenner hat sowohl in seinem Referat auf der 12. PV-Tagung als auch in seinem Redebeitrag auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Westfalen Äußerungen Stalins als Begründung des neuen Parteiverständnisses als ML-Partei herangezogen. Wir sind der Meinung, dass ein stalinistisches Verständnis des Marxismus-Leninismus nicht mit unserem Parteiprogramm vereinbar ist. Einige Delegierte des Parteitags haben HPB aufgefordert, dieses Vorgehen aufzugeben und sich von Stalin zu distanzieren. Da er das nicht tut, haben sich viele Genossinnen und Genossen gegen die Wiederwahl von HPB als stellv. Parteivorsitzendem ausgesprochen. Leider folgte die Mehrheit der Delegierten diesem Ansinnen nicht. HPB wurde mit 113 Ja-Stimmen von 164 gültigen Stimmen wieder gewählt, das sind 69 Prozent der abgegebenen Stimmen.

3.) Europa verändern!

In der Beschlussfassung des 21. Parteitages gibt es eine Absage an unsere bisherige Europapolitik und den EU-Positionen des Parteiprogramms. Schon im Referat kündigt Patrik Köbele zum Thema EU "...eine andere Nuancierung, wie sie ... im Parteiprogramm von 2006 formuliert ist..." an.

Im Parteiprogramm steht: "Die weitere Entwicklung der Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen."

Der 21. Parteitag hat dagegen beschlossen: "Wir kämpfen für die Überwindung der EU und für einen Austritt der BRD aus der EU..."

Nun ist es nicht verboten, etwas Anderes zu beschließen als im Parteiprogramm steht. Aber die Frage wäre zu beantworten, wie politikfähig ist die DKP mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der EU? In allen Organisationen der politischen Linken, in Gewerkschaften und z.B. in der Widerstandsbewegung gegen TTIP werden die Fragen eines alternativen Europas, "ein Europa von unten", "Europa neu begründen". "Neustart Europas" diskutiert.

Die Massenbewegung gegen TTIP mit über 3,2 Millionen Unterschriften und 250.000 Demonstrierende am 10. Oktober 2015 in Berlin, sowie die Forderung nach legalen Fluchtwegen der schutzsuchenden Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten sind der Versuch „Einfluss auf diese Entscheidungen der EU zu nehmen“ wie es im Parteiprogramm heißt. Wir sehen in der Entwicklung eines europaweiten Widerstands auch der Gewerkschaften, in der solidarischen Auseinandersetzung und des Lernens für uns aus den Kämpfen und Entwicklungen von SYRIZA, PODEMOS, der Izquierda Unida oder dem wählerfolgreichen Linksbündnis in Portugal einen möglichen Weg zu Veränderungen in Europa.

".... Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden." Das Parteiprogramm der DKP ist auch hier nach wie vor gültig.

Die beschlossene Forderung nach Austritt der BRD aus der EU und der Verzicht auf den Kampf um Veränderungen in der EU karikiert unser Parteiprogramm und isoliert uns von diesen Bewegungen. Die Beschlusslage des 21. Parteitages der DKP zur EU ist eine Katastrophe.

4.) Neuausrichtung unseres Organisationsverständnisses

Verbunden mit der Änderung des Profils der DKP als marxistisch-leninistische Partei ist auch eine Änderung des Organisationsverständnisses. Patrik Köbele sagt in seinem Referat auf der theoretischen Konferenz, dass wir den Begriff der Diktatur des Proletariats nicht verwenden, hinge mit dem KPD-Verbot zusammen, sei also taktischer Natur.

Wir haben dazu eine andere Position. Im Parteiprogramm heißt es: "Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk aller Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, der politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen. Die weltanschauliche Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Andere Zugänge können aus religiösen oder allgemein humanistischen Überzeugungen, aus antifaschistischen, feministischen, globalisierungskritischen, aus antirassistischen oder ökologischen Motiven erwachsen."

Wenn wir diese anderen "Zugänge" ernst nehmen, heißt das auch: Ein neuer Sozialismus muss diese Elemente aus den anderen Zugängen in sich aufnehmen.

Dann kann aber die Denkfigur einer Diktatur des Proletariats nicht ernsthaft aufrecht erhalten werden. Mit diesem Begriff kommt der Sozialismus in den Wortkostümen der Vergangenheit daher. Daher lehnen wir diesen Begriff nicht aus taktischen Gründen ab, sondern weil er ist mit der Logik unseres Parteiprogramms unvereinbar ist.

Auf dem Parteitag wurde falschen Positionen zu den Gewerkschaften nicht widersprochen. Wortmeldungen von GenossInnen die widersprochen hätten, wurden nicht aufgerufen. So wurde z.B. geäußert, dass die Partei die "sozialpartnerschaftlichen Verirrungen" der Gewerkschaften vorausdenken müsse, um dagegen vorzugehen. Wir fragen uns, wie es mit solchen Äußerungen gelingen soll, mit anderen Menschen in die Diskussion zu kommen und sie für unsere Positionen zu interessieren. Solche Positionen missachten unsere bisherige Haltung zu den Einheitsgewerkschaften.

Und solche Aussagen erfolgen in einem Jahr, in dem die Parteiführung erstmals darauf verzichtet hat, auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und von ver.di einen Parteienabend zu organisieren.

Mit Falschaussagen und Halbwahrheiten wurde "die Friedensbewegung" kritisiert:

Der Beitrag von Lucas Zeise gipfelte in der Behauptung, die Friedensbewegung selbst behindere die Mobilisierung gegen Krieg. Die Friedensbewegung habe den Krieg gegen Afghanistan als "Auslandseinsatz" verharmlost und sich bei den Kriegen gegen Libyen und Syrien zögerlich verhalten. Man fragt sich, in welcher Friedensinitiative Lucas Zeise Erfahrungen dieser Art gemacht hat.

Den Krieg gegen Afghanistan hat "die Friedensbewegung" immer als solchen bezeichnet und – was die "Zögerlichkeit" bei den anderen Konflikten angeht – diese Friedensbewegung kann man nicht per Knopfdruck anschalten, denn sie setzt sich aus sehr unterschiedlichen Spektren zusammen, deren Aktivität eben nicht herbei beschossen werden kann.

Ein weiterer Punkt ist die schleichende Unterhöhlung des Begriffs des demokratischen Zentralismus. Zunehmend sind Tendenzen zu einer eher zentralistisch ausgerichteten Organisation zu erkennen. So werden Beschlüsse immer häufiger direkt von zentralen Stellen gefasst ohne sie zunächst an der Basis, in den Grundorganisationen und Kreisen, zu diskutieren. Den bisher traurigen Höhepunkt bildet die durch den Parteitag vorgenommene Ausrichtung der DKP als ML-Partei. Dieses basiert nicht auf den Diskussionen in den verschiedenen Gremien der Partei. Aktuelles Beispiel dazu ist aber auch der Beschluss zur Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen im Jahr 2017.

In der Diskussion wurde einer weiteren gemeinsamen Diskussion um die Ausrichtung der Partei eine Absage erteilt. Begründet wurde dies damit, dass zukünftig kein gemeinsamer Weg mit den Delegierten möglich wäre, die sich nicht dem Leitantrag anschließen. Das gipfelte in der Aussage des Leiters der Karl Liebknecht-Schule, Jürgen Lloyd: "Wenn ihr meint, Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus als ‚stalinistisch‘ bezeichnen zu müssen, dann tut das – aber zieht eures Wegs"

Von der Bezirksorganisation Saarland und einigen Kreisorganisationen wurde gefordert, den Leitantrag als Arbeitsmaterial in die Partei zu geben, um weiter um die inhaltliche Ausrichtung zu ringen. Dieses Anliegen wurde von der großen Mehrheit der Delegierten abgelehnt. 41 Delegierte haben gegen den Leitantrag gestimmt.

5.) Verhältnis zur Jugendorganisation SDAJ

Verwahren möchten wir uns gegen die Einschätzung von Patrik Köbele zum Verhältnis von DKP und SDAJ wenn er behauptet, dass wir die Jugendorganisation vor dem 20. PT nur als eine Organisation unter vielen betrachtet haben. Wir haben die SDAJ immer als die sozialistische Jugendorganisation, den MSB als Organisation marxistischer StudentInnen gesehen, waren deren aktive Mitglieder. Die SDAJ hatte auch nach 1989 immer, auch in unseren Programmatiken, eine herausgehobene Stellung.

Dem haben jedoch Mitglieder der DKP, auch mit Schwerpunkt SDAJ-Arbeit, nicht immer entsprochen. Der damalige SDAJ-Bundesvorsitzende Björn Schmidt lehnte eine Kandidatur für den PV ab, anderen Vorschlägen zur Kandidatur von SDAJ-Mitgliedern wurde auf dem 19. PT durch SDAJler widersprochen, u.a. der eines Genossen aus Südbayern, der aus seiner SDAJ-Funktion verdrängt wurde mit dem Vorwurf, er habe keine SDAJ-, sondern DKP-Positionen vertreten. Gewählt wurde damals stattdessen ein Mitglied der SDAJ der in einem Artikel der POSITION (Zeitschrift der SDAJ) die Verbrechen der 30er Jahre in der Sowjetunion (entgegen dem Parteiprogramm) zu relativieren versuchte. In der Position gab es auch immer wieder Angriffe auf die Gewerkschaften und ihre Repräsentanten, die unserem Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft DGB widersprechen.

Auf dem 21. Parteitag sprach der mit Pseudonym(en) aus der UZ bekannte Florian Ha(e)inrich, SDAJ-Arbeiterjugendverantwortlicher, in seinem Redebeitrag gegen Uwe Fritsch. Uwe, der immer öffentlich für die DKP auftritt und Betriebsratsvorsitzender ist, wurde von Florian angegriffen und ihm dabei das Recht abgesprochen wieder Mitglied des PV zu werden da er angeblich keine kommunistischen Positionen vertrete. Festgemacht wurde dies u.a. daran, dass Uwe sich wiederholt gegen die PV-Mehrheit geäußert habe.

Wenn die heutige Führung der DKP davon spricht, Irritationen im Verhältnis zur SDAJ beseitigt zu haben, dann heißt das in der Praxis, dass mit dem Leitantrag nun wesentliche programmatische Positionen in Übereinstimmung mit denen der SDAJ sind.

Der Elan und Kampfgeist mancher jungen GenossInnen wurde für Kämpfe um die „Macht“ in der DKP instrumentalisiert und hat damit letztendlich auch der SDAJ geschadet.

6.) Ergebnis

Im Ergebnis stellen wir fest, dass der erste Teil dieses Parteitages die Partei noch tiefer gespalten zurücklässt. Wenn Patrik Köbele uns auf dem Parteitag vorwirft, dass wir unsere Positionen nicht in die Partei einbringen, ist das falsch. Der Vorschlag des PV für den neuen Parteivorstand und das Ergebnis der Wahlen auf dem Parteitag zeigt, dass man auf jedenfalls PV Ebene nicht mehr mit uns reden will. Die Chance, in den nächsten Jahren weiter über die Zielrichtung und Inhalte der Partei zu diskutieren und gemeinsame Wege zu finden, wurde vertan. Stattdessen wurden Beschlüsse gefasst, die einen großen Teil der Partei nicht repräsentieren und die Gefahr bergen, dass weitere Genossinnen und Genossen die Partei verlassen werden. Um das zu verhindern, werden wir uns kritisch mit den Ergebnissen des Parteitages auseinander setzen und Wege für die Zukunft diskutieren, wie wir auf der Grundlage des Programms aus dem Jahre 2006 unsere Arbeit weiter entwickeln.

Detlef Fricke, Uwe Fritsch, Bettina Jürgensen, Leo Mayer, Volker Metzroth